

Der Kreisausschuss

Abteilung Kinder- und Jugendhilfe

Fachdienst Beistandschaften und
Vormundschaften**Beratung und Unterstützung nach § 18 Abs. 4 SGB VIII
Unterhalt für Volljährige**

1. Angaben zum / zur jungen Volljährigen

Name, Vorname

Anschrift:

bei Mutter

bei Vater

eigener Haushalt/sonstiges

Geburtsdatum und -ort:

Staatsangehörigkeit:

Persönliche Verhältnisse:

Schüler/in (bitte Schulbescheinigung beifügen)

Ausbildung (bitte Vertrag + Gehaltsabrechnung beifügen)

Mini-Job (Gehaltsabrechnung beifügen)

Einkommen, Vermögen (Rente, Pflegeleistungen, Sonstiges)

Email-Adresse:

Telefonnummer:

2. Angaben zum Elternteil 1

Name, Vorname:

Anschrift:

Telefonnummer:

Email-Adresse:

Geburtsdatum und -ort:

Staatsangehörigkeit:

Familienstand: ledig verheiratet geschieden getrennt lebend
verwitwet

Beschäftigung: ja nein Nettoverdienst ca.: EUR

Ausgeübter Beruf:

Arbeitgeber:

Sozialleistungsbezug:

(z.B. ALG I, Bürgergeld, Rente, Sonstiges)

Weitere Kinder des
Elternteils
(mit Geb.-Datum):

(Name und Geburtsdatum)
Schule Ausbildung

(Name und Geburtsdatum)
Schule Ausbildung

3. Angaben zum Elternteil 2

Name, Vorname:

Anschrift:

Telefonnummer:

Email-Adresse:

Geburtsdatum und -ort:

Staatsangehörigkeit:

Familienstand: ledig verheiratet geschieden getrennt lebend
verwitwet

Beschäftigung: ja nein Nettoverdienst ca.: EUR

Ausgeübter Beruf:

Arbeitgeber:

Sozialleistungsbezug:

(z.B. ALG I, Bürgergeld, Rente, Sonstiges)

Weitere Kinder des
Elternteils

(Name und Geburtsdatum)

(mit Geb.-Datum):

Schule

Ausbildung

(Name und Geburtsdatum)

Schule

Ausbildung

4. Angaben zu bisherigen Unterhaltszahlungen

Unterhaltszahlungen: ja nein Höhe von: EUR

Wenn ja: Wann erfolgte die letzte Zahlung? Datum:

Unterhaltstitel:

(Urkunde, Urteil, Beschluss, Vergleich)

Haben Sie bisher auf Unterhalt verzichtet: ja nein

Wurden die Eltern oder ein Elternteil bereits zur Zahlung des Unterhalts aufgefordert?

ja

nein

Wann:

Wie?

(mündlich, schriftlich, etc.)

Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben und das Informationsblatt gemäß Artikel 13
Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) habe ich als Anlage erhalten.

Im Rahmen der Beratung bin ich über die Möglichkeit der Beantragung von Sozialleistungen z. B.
Unterhaltsvorschuss, Wohngeld, Kindergeldzuschlag etc. und über die Möglichkeit der Geltendmachung
eines Mehr- und/oder Sonderbedarfs informiert worden.

Mit dem ggf. erforderlichen Austausch der uns in dieser Angelegenheit zur Verfügung gestellten
persönlichen Daten mit der Unterhaltsvorschusskasse oder anderen Sozialleistungsträgern bin ich
einverstanden.

Auf meine Mitwirkungspflicht wurde ich hingewiesen.

Ort, Datum:

Unterschrift:

Informationsblatt

gemäß Artikel 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Gemäß Art. 13 DS-GVO sind wir verpflichtet, Sie über die wesentlichen Inhalte der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die Sie uns im Zusammenhang mit dem von Ihnen gewünschten Verwaltungs-handeln mitteilen, zu informieren. Der Schutz Ihrer persönlichen Daten hat für den Lahn-Dill-Kreis einen hohen Stellenwert. Mit dieser Datenschutzerklärung werden Sie darüber informiert, was personenbezogene Daten sind, zu welchem Zweck und auf welcher Rechtsgrundlage die Verarbeitung erfolgt, wie lange Ihre Daten gespeichert werden, welche Rechte Sie nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) haben und wer die Verantwortlichen für den Datenschutz sind.

1.	Kontaktdaten	
1.1	Verantwortlicher gem. Art. 4 Ziffer 7 DS-GVO für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist:	Der Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar, Telefon: 06441-407-0, E-Mail: info@lahn-dill-kreis.de
1.2	Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten gem. Art. 37 ff. DS-GVO in Verbindung mit §§ 5 ff. HDSIG	Datenschutzbeauftragter des Lahn-Dill-Kreises Telefon: 06441-407-2750 E-Mail: datenschutz@lahn-dill-kreis.de
2.	Zweck, Umfang und Erforderlichkeit der Datenverarbeitung	
	Ihre Daten werden erhoben, um die Beratung und Unterstützung gem. §18 SGB VIII durchzuführen und zu gewährleisten. Die Erhebung erfolgt aufgrund Artikel 6 Absatz 2 in Verbindung mit Art. 6 Absatz 1 Buchstabe c DSGVO, §§ 2 Absatz 3 Nr. 12 und Nr. 13, 59 und 60 SGB VIII sowie §§ 61 ff. SGB VIII. Im Rahmen der Beratung verarbeiten wir folgende personengebundene Daten von Ihnen, Ihrem Kind sowie dem anderen Elternteil: Familienname; Vorname; Anschrift; Geburtsdatum; Geburtsort; Staatsangehörigkeit; ggfs. Dauer des Bezugs von Sozialleistungen, Arbeitgeber; Einkommen; Angabe zu weiteren Kindern und Ehe-Lebenspartner/inne/n; Bankverbindung. Ihre Daten werden an Ihr Kind, bzw. an den antragstellenden Elternteil, bzw. ggfs. dessen anwaltliche Vertretung weitergegeben. Auch Ihrem Kind können Daten bekannt gegeben werden, wenn Ihr Kind volljährig bzw. reif genug ist, um selbstständig zu entscheiden, ob es entsprechend informiert werden möchte. Für den Fall, dass ein gerichtliches Verfahren unumgänglich ist, weil Sie den von uns errechneten Unterhaltsbetrag nicht zahlen bzw. nicht an der Anfertigung einer entsprechenden Unterhaltsurkunde mitwirken, dürfen wir Ihre Daten dem Gericht und ggfs. auch der Auslandsvertretung mitteilen. Daneben kann eine Verarbeitung u. a. auch für statistische Zwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke erfolgen. In diesem Fall werden Ihre Daten anonymisiert oder pseudonymisiert. Personenbezogene Daten sind grundsätzlich direkt bei den Betroffenen zu erheben. Besteht ein Rechtsanspruch auf Auskunft über die Daten und wird dieser Auskunftsanspruch von den Betroffenen nicht erfüllt, können personen-bezogene Daten auch bei Dritten (z. B. Sozialleistungsträger) erhoben werden.	
3.	Dauer der Speicherung	
	Ihre Daten werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Die Speicherdauer ist von der Art der Beratung abhängig und in der jeweils gültigen Dienstanweisung der Abteilungsleitung festgelegt.	
4.	Ihre Rechte als Betroffene/r	
	Als betroffene Person haben Sie ein Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten gem. Art. 15 DSGVO, ein Recht auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten gem. Art. 16 DSGVO, ein Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten gem. Art. 17 DSGVO, ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DSGVO, ein Recht auf Datenübertragbarkeit bei Vorliegen der Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO sowie ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung nach Art. 21 DSGVO. Sofern die Datenverarbeitung auf Grundlage Ihrer Einwilligung erfolgt, haben Sie das Recht, diese im Sinne von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DSGVO jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird. Weiterhin haben Sie gem. Art. 77 DSGVO das Recht der Beschwerde wegen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei dem Hessischen Datenschutzbeauftragten, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden, unserer Aufsichtsbehörde.	